

Bürgerversicherung in die Mottenkiste - BVK sieht gravierende Nachteile

Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) lehnt die Einführung der zurzeit vielfach diskutierten einheitlichen Bürgerversicherung ab. Das ist das einhellige Votum der Delegierten auf der BVK-Jahreshauptversammlung am 23. Mai 2013 in Friedrichshafen.

Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) lehnt die Einführung der zurzeit vielfach diskutierten einheitlichen Bürgerversicherung ab. Das ist das einhellige Votum der Delegierten auf der BVK-Jahreshauptversammlung am 23. Mai 2013 in Friedrichshafen.

Insbesondere sehen die Versicherungsvermittler den gleichmacherischen Krankenschutz kritisch: „Privatversicherte haben heute durch ihre individuelle Tarifwahl in der Privaten Krankenversicherung (PKV) die Möglichkeit, den für sie besten und passenden Krankenversicherungsschutz zu wählen“, sagt BVK-Präsident Michael H. Heinz. „Sie können heute wählen, ob sie im Krankheitsfall ein Einbett-Zimmer mit Chefarztbehandlung präferieren und / oder eine bessere Reha-Behandlung wollen. Würde die Bürgerversicherung Wirklichkeit, gäbe es zunächst nur einen Einheitstarif für alle und alle individuellen Wahlmöglichkeiten müssten zusätzlich bezahlt werden. Für die fast neun Millionen Privatversicherten wäre das mit weiteren Belastungen verbunden und würde zudem einen Eingriff in ihr Selbstbestimmungsrecht bedeuten.“

Höchst problematisch sieht der BVK auch die Verwendung von den rund 170 Milliarden Euro an Alterungsrückstellungen, auf die die PKV-Versicherten durch ihre jahrelange Vertragstreue Anspruch haben und die ihre erstklassige medizinische Versorgung im Alter gewährleisten sollen. Diese könnten bei der Einführung der Bürgerversicherung verstaatlicht werden und dann verloren gehen. „Das wäre ein beispielloser Fall von Enteignung“, betont der BVK-Präsident.

Der BVK befürchtet zudem, dass sich viele niedergelassene Mediziner aus Verdienstgründen aus der gesetzlichen Bürgerversicherung verabschieden würden und ihre hochwertigen Leistungen nur noch rein privat anbieten werden. Dadurch würde nicht nur die heute bestehende Mitfinanzierung von technisch aufwändigen Untersuchungen durch die PKV wegfallen, sondern auch dazu führen, dass eine noch größere Ungleichheit zwischen den gesetzlich Versicherten und privat zahlenden Patienten entsteht.

Außerdem warnt eine im Auftrag der Gewerkschaft Verdi und der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung angefertigte Untersuchung vor den arbeitsmarktpolitischen Folgen der Bürgerversicherung: Experten schätzen, dass durch den Wegfall des Geschäftsmodells der PKV an die 100.000 Arbeitsplätze bei den privaten Krankenversicherungen wie bei den Versicherungsvermittlern verloren gehen können. Das würde hohe volkswirtschaftliche Folgekosten (Steuerverluste, Sozialversicherungskosten etc.) nach sich ziehen.

„Das Fazit der Bürgerversicherung: Schlechtere Versorgung, mehr Bürokratie und Gleichmacherei und dann noch massive Arbeitsplatzverluste. Das braucht Deutschland auf keinen Fall!“, so BVK-Präsident Michael H. Heinz. „Dieses ‚Konzept‘ gehört daher in die Mottenkiste!“

Kontakt:

Hans-Dieter Schäfer
- Pressesprecher -
Telefon: 0228 / 228 05 16
Fax: 0228 / 228 05 50
E-Mail: bvk@bvk.de

Bundesverband Deutscher
Versicherungskaufleute e.V.
Kekuléstraße 12
53115 Bonn

Internet: www.bvk.de

Über den Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V.

Der BVK zählt rund 10.000 selbständige und hauptberufliche Versicherungsvertreter und -makler sowie Bausparkaufleute als Mitglieder. Er vertritt über die Organmitgliedschaften der Vertretervereinigungen der deutschen Versicherungsunternehmen an die 40.000 Versicherungsvermittler und ist damit der größte deutsche Vermittlerverband. Im Jahr 2001 feierte der BVK sein hundertjähriges Bestehen.

